



---

## Sachstand

---

## Einkommensungleichheit und Armutsrisikoquote

**Einkommensungleichheit und Armutrisikoquote**

Aktenzeichen: WD 6 - 3000 - 071/17  
Abschluss der Arbeit: 6. Dezember 2017  
Fachbereich: WD 6: Arbeit und Soziales

---

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

**Inhaltsverzeichnis**

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Der Gini-Koeffizient</b>	<b>4</b>
<b>3.</b>	<b>Armutrisikoquote</b>	<b>5</b>
<b>4.</b>	<b>Aussagefähigkeit der Maßgrößen</b>	<b>5</b>
<b>5.</b>	<b>Einkommensverteilung und Armutrisiko</b>	<b>8</b>
<b>6.</b>	<b>Fazit</b>	<b>10</b>

## 1. Einleitung

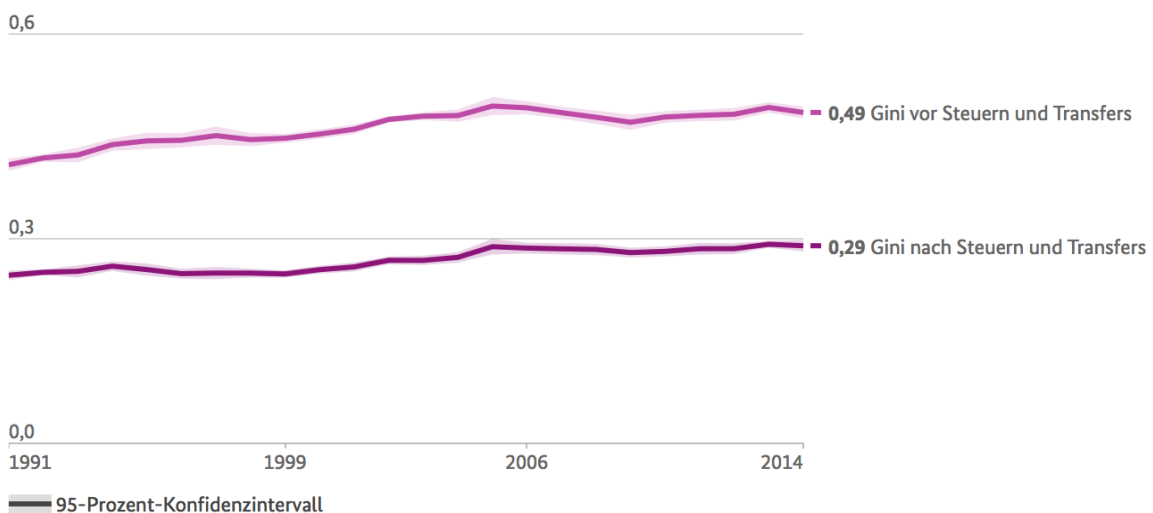
Einkommensungleichheit kann mit dem Gini-Koeffizienten gemessen werden. Insbesondere der Gini-Koeffizient der Haushaltsnettoeinkommen nach Steuern und Transfers hat sich in den letzten Jahren, basierend auf den Daten des sozio-oekonomischen Panels (SOEP), kaum verändert. Eine andere statistische Maßgröße, die Armutsrisikoquote, ist in den letzten Jahren tendenziell steigend.

Im Rahmen des Sachstands soll ein gegebenenfalls bestehender Zusammenhang erläutert werden.

## 2. Der Gini-Koeffizient

Der Gini-Koeffizient geht zurück auf Corrado Gini, der ihn 1912 als statistisches Maß auf der Basis der Lorenzkurve vorstellte. Der Koeffizient wird für die Messung der relativen Konzentration verwendet. Im Rahmen der Einkommensverteilung in einem Land oder einer Region gibt er den Grad der Ungleichheit der Einkommensverteilung an. Der Gini-Koeffizient nimmt dabei einen Wert zwischen 0 und 1 an. Ist Einkommen vollkommen gleichmäßig verteilt, so hat er den Wert 0. Kommt hingegen nur einem einzigen Individuum das gesamte Einkommen der Gesellschaft zu, ist die Verteilung also völlig ungleich, so hat der Koeffizient den Wert 1.

### Gini-Koeffizient der Haushaltsnettoeinkommen vor und nach Steuern und Transfers 1991 bis 2014



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin, SOEPv32.1

[Aktualisierte Daten](#)

CC BY 4.0 Bundesregierung

### 3. Armutsrisikoquote

Der Europäische Rat hat sich im Jahr 2001 in Laeken auf einen Indikator für das Armutsrisiko („risk of poverty“) für die Armutsberichterstattung in Europa geeinigt.

Die Armutsrisikoquote ist ein Indikator zur Messung der relativer Einkommensarmut und wird – entsprechend dem EU-Standard – definiert als der Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens beträgt.

Das Statistische Bundesamt hat für die hier aufgeführte Tabelle als Zahlenbasis die Ergebnisse des Mikrozensus verwendet. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011.

Armutsgefährdungsquote gemessen am Bundesmedian in Prozent im Zeitvergleich (Tabellenausschnitt)

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland in %	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7

Statistisches Bundesamt<sup>1</sup>

### 4. Aussagefähigkeit der Maßgrößen

GOEBEL/SCHRÖDER machen in ihrer Publikation zur Einkommensverteilung deutlich, dass es wichtig ist, klar zu definieren, was genau mit Ungleichheit gemeint ist:

- „Was ist die angemessene Einheit, auf deren Ebene Einkommen gemessen wird (z.B. Individuum versus Haushalt)?
- Soll die Ungleichheit innerhalb der gesamten Bevölkerung in Deutschland oder einer Teilgruppe gemessen werden (z.B. „Arme“ oder „Reiche“; Migranten oder Nicht-Migranten)?
- Welches Einkommenskonzept (z.B. brutto versus netto) und welche -komponenten (z.B. nur Löhne und Gehälter, Alterseinkommen, Markteinkommen oder verfügbare Einkommen) sollen der Analyse zu Grunde gelegt werden?“<sup>2</sup>

Der Gini-Koeffizient macht generell keine Angaben über die absolute Einkommenshöhe der jeweiligen Bevölkerung. Sein sensitiver Bereich liegt im Zentrum der Verteilung und nicht an den

1 Statistisches Bundesamt, Armutsgefährdungsquote, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialberichterstattung/Tabellen/ArmutsgefahungsquoteBundeslaender.html> (zuletzt abgerufen am 28. November 2017).

2 Goebel, Jan; Schröder, Carsten (2015), Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland - eine Replik, in: Wirtschaftsdienst 95 (2015), 12, S. 861-867.

Rändern der Einkommensverteilung (hohe bzw. niedrige Einkommen). Er ist daher bestenfalls als eine Art Richtwert zu verstehen.

Die Armutsrisikoquote liefert keine Information über individuelle Bedürftigkeit. Sie ist unter anderem abhängig von der zugrundeliegenden Datenbasis und dem dort verwendeten Einkommensbegriff, aber auch von der Gewichtung der Haushaltsmitglieder bei der Bestimmung des Nettoäquivalenzeinkommens. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Festsetzung des Prozentanteils am Medianeinkommen unterhalb dessen die Betroffenen als arm klassifiziert werden. Grundsätzlich besteht – selbst wenn es dem EU-Standard entspricht - eine gewisse Beliebigkeit bei der Grenzziehung.

Das Statistische Bundesamt<sup>3</sup> hat für das Jahr 2015 die Armutsgefährdungsquote mit verschiedenen Prozentanteilen des Bundesmedians des Nettoäquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung berechnet. Die Ergebnisse basieren auf der freiwilligen Haushaltsbefragung LEBEN IN EUROPA<sup>4</sup>, die jährlich durchgeführt wird. Verglichen wurden die Quoten unter Berücksichtigung von regelmäßig gezahlten, staatlichen Sozialleistungen an den Haushalt oder an einzelne Haushaltsmitglieder. Dazu zählen Kindergeld, Wohngeld, Arbeitslosenunterstützung und Leistungen der Grundsicherung, Waisen- und Witwenrenten, Leistungen im Rahmen von Bildung und Gesundheit sowie alle sonstigen regelmäßigen staatlichen Sozialleistungen.

Je nach Prozentsatz variiert die Armutsgefährdungsquote.

#### Armutsgefährdungsquoten (Anteil in Prozent) bezogen auf den

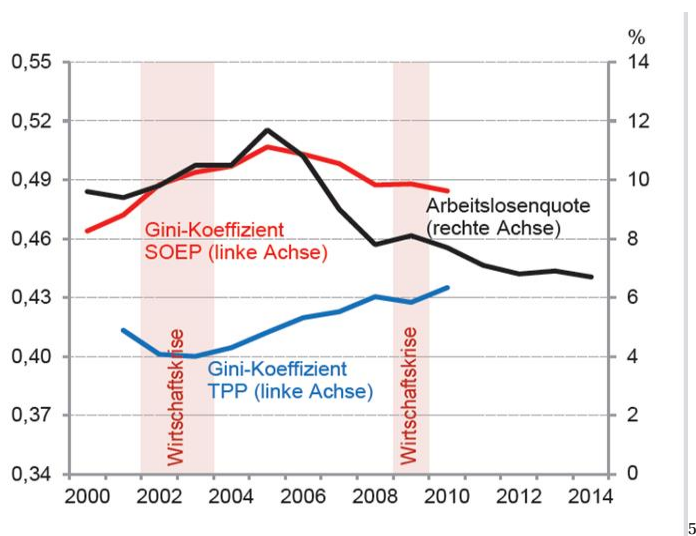
Personen insgesamt in 1000	60 %-Median	40 %-Median	50%-Median	70%-Median
80556	16,7	5,0	10,2	24,5

DRECHSEL-GRAU et al. kritisieren in ihrer Studie, dass gängige Verteilungsanalysen das Niveau der Einkommensungleichheit unterschätzen, da Spitzeneinkommen in Umfragedaten untererfasst seien. Die Konsequenzen von Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Unternehmens- und Vermögenseinkommen fänden für die Verteilung der Kapitaleinkommen zwischen den Haushalten zu wenig Beachtung. Stattdessen würde der Focus in erster Linie auf den Arbeitsmarkt und die Verteilung der Erwerbseinkommen gelegt werden. DRECHSEL-GRAU et al. verwenden zwei verschiedene Datensätze: einerseits die Daten der amtlichen Statistik (Taxpayer Panel – TPP) und

3 Statistisches Bundesamt, Wirtschaftsrechnungen, LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union, Fachserie 15 Reihe 3, S. 23, [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/LebeninEuropa/EinkommenLebensbedingungen2150300157004.pdf?\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/LebeninEuropa/EinkommenLebensbedingungen2150300157004.pdf?_blob=publicationFile) (zuletzt abgerufen am 29. November 2017).

4 LEBEN IN EUROPA ist die nationale Bezeichnung dieser Panelerhebung, die unter der europäischen Bezeichnung EU-SILC (EU Statistics on Income and Living Conditions) auf der Grundlage der EU-Rahmenverordnung 1177/20031 eingeführt wurde.

andererseits die Daten des SOEP. „Das TPP bildet eine repräsentative Stichprobe der Population derjenigen ab, die ihre Steuererklärung bei der Finanzbehörde einreichen. Der Datensatz erfasst daher überwiegend den mittleren und oberen Teil der Einkommensverteilung in Deutschland. Demgegenüber erfasst das SOEP zwar prinzipiell die gesamte in Deutschland lebende Bevölkerung, Spitzeneinkommen jedoch nur unzureichend.“



Die Autoren kommen je nach verwendetem Datensatz zu unterschiedlichen Verteilungsergebnissen. „Während sich in den Jahren 2003-2005 die Ungleichheitsindikatoren beider Datenquellen weitgehend gleichgerichtet bewegen, findet im Jahr 2006 eine deutliche Entkoppelung statt. Im Gegensatz zum SOEP steigen sowohl der Gini-Koeffizient als auch der Einkommensanteil des obersten Dezils (Top 10) des TPP bis zum Einsetzen der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 kontinuierlich weiter an. Entgegen der auf Basis der SOEP-Maße auf breiter Front abgeleiteten und weit diskutierten Indikation eines Aussetzens des Ungleichheitsanstiegs Mitte der vergangenen Dekade, zeichnen die Veränderungen am oberen Rand der Verteilung ein drastisch anderes Bild. Tatsächlich scheint die verbreitete Annahme eines Rückgangs der Einkommensungleichheit in Deutschland nach 2005 vor dem Hintergrund dieser Datenquellen nicht plausibel.“ Die Autoren schlussfolgern, dass eine realitätsnahe Berücksichtigung von Spitzeneinkommen und die dadurch stärkere Abdeckung von Kapitaleinkommen nahelegen würden, dass die vermeintliche Trendwende der Ungleichheitsentwicklung Mitte der 2000er-Jahre ein „datensatzspezifisches Artefakt“ sei.<sup>6</sup>

5 Die Ungleichheitsindikatoren wurden im SOEP auf Basis individueller Markteinkommen, im TPP anhand der Vorsteuereinkommen von Steuereinheiten berechnet. Die Werte des Top10-Einkommensanteils für die Jahre 2009 und 2010 sind aufgrund der im Jahr 2009 neu eingeführten Pauschalbesteuerung von Zins- und Dividendeneinkommen (Abgeltungsteuer) mit Unsicherheit behaftet. Quelle: Drechsel-Grau, M. / Peichl, A. / Schmid, K. (2015): Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland: Spitzeneinkommen – ein Missing-Link. In: Wirtschaftsdienst, Bd. 95, H. 10, S. 684-688, in: Drechsel-Grau et al. (2015), Querverteilung und Spitzeneinkommen in Deutschland, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Report 108, November 2015, S. 7.

6 Drechsel-Grau, Moritz et al. (2015), Querverteilung und Spitzeneinkommen in Deutschland, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Report 108, November 2015.

---

Sie plädieren daher für eine systematische Verknüpfung aller amtlich erhobenen Daten (Prozess- und Befragungsdaten) für wissenschaftliche Zwecke.<sup>7</sup>

## 5. Einkommensverteilung und Armutsrisiko

Nach dem OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland 2014 würden insbesondere Personen in nichtregulären Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitslose und Geringqualifizierte nicht am Wachstum teilhaben. „Frühere Arbeitsmarktreformen haben sich zwar im Hinblick auf die Beschäftigung bewährt, das relative Armutsrisiko und die Einkommensungleichheit sind in den letzten Jahren aber weitgehend unverändert geblieben. Einige soziale Gruppen sind nach wie vor besonders gefährdet, darunter Personen in nichtregulären Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitslose und Geringqualifizierte. Im Falle einer Erwerbstätigkeit sind ihre Beschäftigungsverhältnisse in der Regel unständig und ihre Löhne und Einkommensmobilität niedrig.“<sup>8</sup>

KIERZENKOWSKI und KOSKE haben eine Reihe Determinanten der steigenden Einkommensungleichheit und des zunehmenden Risikos relativer Armut identifiziert.

- „Kompetenzabhängiger technologischer Wandel: In vielen OECD-Ländern sind die Arbeitsmärkte polarisiert, da sich die Informationstechnik negativ auf die Mitte der Lohn- und der Beschäftigungsverteilung auswirkt, wo Arbeitskräfte zwar qualifizierte, aber Routineaufgaben ausführen, was am oberen Ende zu einem Anstieg der Einkommensungleichheit und am unteren Ende zu einem Rückgang führt. Dieses Muster zeigt sich auch in Deutschland [...].
- Bildungsniveau: Lohnungleichheit korreliert negativ mit dem durchschnittlichen Bildungsniveau. In Deutschland waren die Bildungserträge im Zeitverlauf weitgehend konstant [...]. Ein höheres Bildungsniveau korreliert zudem positiv mit der Lebensqualität, was z.T. auf attraktivere Arbeitsplätze zurückzuführen ist.
- Internationaler Handel: Die Globalisierung scheint erhebliche Auswirkungen zu haben, zumindest auf manche Arbeitskräftekategorien. Insbesondere Offshoring reduziert offenbar die Beschäftigungsmöglichkeiten und die Löhne mittelqualifizierter Arbeitskräfte, die Routineaufgaben ausführen, und verstärkt somit die Polarisierung des Arbeitsmarkts.
- Zuwanderung: Die Zuwanderung hat einen geringen Effekt auf inländische Arbeitskräfte, und in Deutschland sind beträchtliche negative Lohn- und Beschäftigungseffekte auf die Kohorten früherer Zuwanderer anzutreffen, was nur geringe Effekte für die allgemeine Erwerbseinkommensungleichheit impliziert [...].

---

7 Drechsel-Grau et al. (2015), Bessere Daten für die Wirtschafts- und Sozialforschung – eine Entwicklung, Wirtschaftsdienst, Heft 12/2015, S. 867, <https://archiv.wirtschaftsdienst.eu/jahr/2015/12/einkommensverteilung-und-gesamtwirtschaftliche-entwicklung-eine-erwiderung/> (zuletzt abgerufen am 30. November 2017).

8 OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2014, Kapitel 3, [http://dx.doi.org/10.1787/eco\\_surveys-deu-2014-7-de](http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-deu-2014-7-de) (zuletzt abgerufen am 29. November 2017).



- 
- Arbeitsmarktregulierung: Die Arbeitsmarktregulierung wurde in vielen OECD-Ländern in den letzten 20-25 Jahren gelockert. Der Effekt des sinkenden gewerkschaftlichen Organisationsgrads und des niedrigeren relativen Mindestlohns, die in vielen Ländern zu beobachten sind, ist am unteren Ende der Lohnverteilung am stärksten ausgeprägt. Viele Regelungen dieser Art (z.B. Beschäftigungsschutzbestimmungen, Mindestlohn) haben jedoch gegenteilige Effekte auf die Beschäftigung und die Lohnspreizung, womit der endgültige Effekt auf die Ungleichheit unbestimmt bleibt [...]. Für Deutschland gibt es bislang kaum Belege dafür, dass die Mitte der 2000er Jahre durchgeführten Arbeitsmarktreformen zu einer Erhöhung der Ungleichheit geführt haben.
  - Haushaltsstruktur: Durch eine Tendenz hin zu mehr Einpersonenhaushalten bedingte Veränderungen der Haushaltsstruktur sind ein wichtiger Auslöser für Armut auf mikro-ökonomischer Ebene [...]. Die Mitte der 2000er Jahre durchgeführten Arbeitsmarktreformen haben u.a. Anreize für Bezieher der Grundsicherung geschaffen, Einpersonenhaushalte zu gründen [...]. Die Gründung von kleineren Haushalten infolge einer Trennung dürfte am meisten die Ehegatten mit niedrigem Verdienst und ihre Kinder belasten.<sup>9</sup>

Nach MÖLLER sei die Lohnspreizung in Deutschland wie in kaum einem entwickelten Land gestiegen. Entgegen einer in der Öffentlichkeit verbreiteten Fehlwahrnehmung habe diese Entwicklung nicht erst mit den Hartz-Reformen begonnen, sondern bereits etwa zehn Jahre früher, also etwa Mitte der 1990er-Jahre. Die substanziell angewachsene Lohnungleichheit führe im Bereich niedriger Verdienste dazu, dass der sogenannte Niedriglohnsektor – der alle Personen umfasse, die weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns erhalten – in Deutschland im Jahr 2010 eine Größe erreicht hätte, die in der Europäischen Union nur noch von den baltischen Staaten, Polen, Rumänien und Zypern übertroffen werde. Im Jahr 2010 hätten Eurostat zufolge in Deutschland mehr als 22 Prozent der Beschäftigten (ohne Auszubildende) weniger als zwei Drittel des Medianlohns verdient. In den aktualisierten Daten, die bis zum Jahr 2014 reichen, zeige sich, dass der sich bis zu diesem Zeitpunkt abzeichnende deutliche Anstieg der Lohnungleichheit offenbar zu einem Stillstand gekommen sei. Dies gelte für Männer ebenso wie für Frauen und unabhängig vom betrachteten Landesteil. Für die Frauen lasse sich sogar ein Rückgang der Lohnungleichheit erkennen. Dies könne für einen Trendbruch sprechen. Zurzeit sei allerdings noch unklar, welche Faktoren dahinter stehen könnten. In Frage kämen dabei die bis 2014 bereits wirksamen Branchenmindestlöhne, eine veränderte Tarifpolitik oder aber technologische oder strukturelle Faktoren, die Personen am unteren Rand der Lohnhierarchie begünstigt hätten.<sup>10</sup>

Nach GRABKA/GOEBEL sei das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Zeitraum von 1991 bis 2014 real um 22 Prozent gestiegen. Dennoch hätten seit 1991 nicht alle Einkommensgruppen gleich hohe Einkommenszuwächse verzeichnen können. So sei das verfügbare Realeinkommen

---

9 Kierzenkowski, Rafal; Koske, Isabell (2012), "Less Income Inequality and More Growth – Are they Compatible?", Part 8: "The Drivers of Labour Income Inequality – A Literature Review", Economics Department Working Papers, No. 931, OECD Publishing, Paris, zitiert nach: OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2014, Kapitel 3, [http://dx.doi.org/10.1787/eco\\_surveys-deu-2014-7-de](http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-deu-2014-7-de) (zuletzt abgerufen am 29. November 2017).

10 Möller, Joachim (2016), Lohnungleichheit - Gibt es eine Trendwende?, IAB Discussion Paper 9/2016, <http://doku.iab.de/discussionpapers/2016/dp0916.pdf> (zuletzt abgerufen am 28. November 2017).

der höchsten Einkommensgruppe in den Jahren 1991 bis 2014 um knapp 27 Prozent gestiegen.<sup>11</sup> Die zehn Prozent der Haushalte mit den geringsten Einkommen hätten im Vergleich zum Jahr 1991 in realer Sicht – also unter Berücksichtigung der Inflation – einen Einkommensverlust von acht Prozent hinnehmen müssen. Ursache für die realen Einkommensverluste in den untersten Einkommensgruppen sei unter anderem die zeitweise Ausweitung des Niedriglohnsektors und die unzureichende Anpassung von Sozialleistungen an die Inflation. Hinzu komme die schwache Entwicklung der Alterseinkommen sowie die Tatsache, dass sich die Haushaltseinkommen aufgrund des demografischen Wandels im Durchschnitt zu einem immer größeren Teil aus diesen Altersbezügen zusammensetzen würden, die in der Regel geringer seien als die Erwerbseinkommen. In den oberen Einkommensgruppen hätten hingegen steigende Einkommen aus Kapitalanlagen und aus Selbständigkeit zu Einkommenssteigerungen geführt. Zudem komme der Erwerbstätigkeit eine besondere Bedeutung zu. Der Anteil der erwerbstätigen Personen nehme besonders dynamisch in den oberen Einkommensgruppen zu. Hingegen sei die Erwerbstätigenquote im unteren Einkommensbereich zwischen 2005 und 2014 nahezu konstant geblieben.<sup>12</sup>

## 6. Fazit

Der wirtschaftliche Aufschwung wirkt sich nicht gleichermaßen auf alle Bevölkerungsschichten aus, sondern verteilt sich ungleich. Den Ausführungen der verschiedenen Autoren zufolge sind die Einkommen vor allem in den oberen Einkommensbereichen deutlich gestiegen. Das bedeutet, dass die Armen nicht zwangsläufig ärmer werden, der Anteil der Reichen an der Bevölkerung und auch deren Einkommen aber eine stärkere Steigerung erfahren hat.

\*\*\*

---

11 In den SOEP-Befragungen sind die Bezieherinnen und Bezieher von Top-Einkommen unterrepräsentiert, sodass die tatsächliche Entwicklung dieser Einkommen hier aller Wahrscheinlichkeit nach unterschätzt wird. Vgl. Stefan Bach, Giacomo Corneo und Viktor Steiner (2009): From bottom to top: The entire income distribution in Germany, 1992–2003, *Review of Income and Wealth* 55, 303–330.

12 Grabka, Markus, Goebel, Jan (2017), Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen - erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit, *DIW Wochenbericht* 4/2017, Einkommensverteilung und Armutsrisiko, S. 71-82.